

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der Krise zeigt sich der wahre Charakter. Das gilt nicht nur für Menschen, das gilt auch im gesellschaftlichen Leben, in der Politik, insbesondere für unsere Partei.

Wir alle sind Zeugen eines neuen heißen Krieges mitten in Europa. Dieser Krieg wurde von der NATO und ihrem Hegemonen, dem USA-Imperialismus, frühestens mit Beginn der NATO-Osterweiterung und spätestens seit dem faschistischen Maidanputsch im Jahre 2014 forciert. Und so wie der kollektive Westen unter Führung der USA diesen Krieg gezielt herbeigeführt hat, so zieht er ihn mit Waffenlieferungen an das Kiewer Regime und anderen Feindseligkeiten gegenüber der Russischen Föderation immer weiter in die Länge, so blockiert er eine friedliche Lösung dieses Konflikts.

Es liegt auf der Hand, dass die USA der Hauptprofiteur dieses Krieges sind. Die USA profitieren als Wirtschaftsstandort durch die Abwanderung von Unternehmen aufgrund unserer hohen Energiepreise. Sie profitieren von der wirtschaftlichen und militärischen Schwächung Russlands. „Für 5 Prozent des US-amerikanischen Verteidigungshaushaltes und ohne einen einzigen gefallenen US-Soldaten zerstört die ukrainische Armee das russische Militär. Das ist absolut im Interesse der USA.“ Zitat Kori Schake, Direktorin für Außen- und Sicherheitspolitik am American Enterprise Institute. Die USA profitieren von den antirussischen Sanktionen. Durch den Wegfall russischer Gaslieferungen bieten sich den USA nun weiterhin Möglichkeiten, ihr umweltschädliches und teures Fracking-Gas auf der anderen Seite des Atlantiks abzusetzen. Mal ganz abgesehen davon, wie sich die Ukraine in Abhängigkeit westlicher Konzerne, Banken und Heuschrecken begibt. BlackRock beispielsweise, hält neben erheblichen Anteilen von US-Rüstungskonzernen auch Anteile an US-Agrarkonzernen. Diese stehen nun bereit, die Ukraine genüsslich auszuplündern und zu privatisieren, was nicht niet- und nagelfest ist, und sichern sich bereits jetzt den ukrainischen Markt, Boden und die ukrainischen Bodenschätze.

Bei Betrachtung dieser, sicher bei weitem unvollständigen, Liste ist nicht schwer zu erkennen, dass die Hauptprofiteure dieses Krieges nicht in Moskau, sondern in Washington sitzen, mit Berlin, London und Paris gleich im Schlepptau. Aufgabe einer sozialistischen und Friedenspartei wäre mit Blick auf den Krieg in der Ukraine vor allem, diese Zusammenhänge deutlich zu machen, klar Stellung gegen den Kriegskurs der Bundesregierung zu beziehen, gegen ihre Waffenlieferungen, gegen ihren antirussischen Wirtschaftskrieg zu kämpfen und Forderungen aufzustellen, die ein Ende des Krieges ermöglichen würden. Da die NATO-Osterweiterung den Knackpunkt in diesem Konflikt darstellt, könnte eine solche Forderung beispielsweise den Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und gegenseitige Sicherheitsgarantien beinhalten. Man könnte dann möglicherweise auch die Referenden in den an Russland angeschlossenen Gebieten unter internationaler Beobachtung wiederholen. Doch was tut die sogenannte deutsche Linkspartei, deren Mitglieder viele von euch, mich eingeschlossen, sind? Sie stellt folgende vollkommen abstrakte Forderung auf: „Russland muss sich aus der Ukraine zurückziehen.“ Keine Analyse des Zustandekommens der Situation, keine Lösungsvorschläge, NICHTS! Burgfrieden statt echter Opposition! Sie übernimmt 1:1 die Positionen der Bundesregierung, mit dem einzigen Unterschied, dass sie aktuell noch

Waffenlieferungen an Kiew ablehnt. Aber selbst diese Position beginnt zu bröckeln. Führende Akteure der Partei befürworten bereits Waffenlieferungen an die politischen Erben Stepan Banderas. Bodo Ramelow, Katina Schubert, Klaus Lederer, Juliane Nagel, Benjamin Hoff um nur einige Namen zu nennen. Das sind dann absurderweise auch oft diejenigen, die uns vorwerfen, wir wären „rechtsoffen“. Ich frage euch, was könnte rechtsoffener sein, als in einem laufenden Krieg die Bewaffnung von Faschisten zu befürworten??? Nicht wir, sondern diese Personen, die ich nicht mehr als Genossen bezeichnen kann, wischen sich mit unserem Erfurter Programm den Hintern ab! Und selbst Gregor Gysi, der in den vergangenen drei Jahrzehnten so viel für diese Partei geleistet hat, sagte vor Kurzem folgendes: Ich zitiere: „Wer jetzt für Waffenlieferungen ist, der wird gerne als Kriegstreiber bezeichnet. Das finde ich falsch. Weil die wollen ja auch einen Frieden - auf einem anderen Weg.“ Ich hätte gern erwidert: Wofür braucht es dann eigentlich noch eine Friedensbewegung und -partei? Wenn doch alle für den Frieden sind? Und die Apologeten der Agenda 2010? Die wollten dann wohl auch mehr soziale Gerechtigkeit, nur auf einem anderen Weg? Wo leben wir denn? Mit dieser Politik ermöglicht es die Parteiführung auch der militaristischen und neoliberalen AfD, sich als einzige wirkliche Opposition zu inszenieren. Unsere Parteiführung macht sich an ihrem Aufstieg mitschuldig.

Wir erleben in der Partei DIE LINKE derzeit eine Zuspitzung der Widersprüche zweier Strömungen, wie es sie in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung mehrfach gab. Zu erinnern wäre da an die Auseinandersetzung zwischen Menschewiki und Bolschewiki innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, aber auch an den Kampf von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, an den Kampf der Spartakusgruppe in und gegen den Kriegskurs der Führung der SPD. Wir erleben die Zuspitzung zwischen einer opportunistischen Strömung, die mehr und mehr die Kontrolle über die Partei DIE LINKE gewonnen hat, und uns, dem sozialistischen Flügel, der wir uns nun in die innerparteiliche Opposition gedrängt und scharfen Angriffen seitens des rechten Parteiflügels ausgesetzt sehen. Ich erinnere da beispielsweise an den jüngsten unsäglichen Beschluss des Parteivorstandes gegen Sahra, der im Endeffekt einen Frontalangriff auf den gesamten linken Parteiflügel darstellt. Ich erinnere an die offenen Versuche des sich „Progressive Linke“ nennenden rechten Flügels, uns aus der Partei zu drängen. Sahra ist die beliebteste Politikerin der Partei, ja eine der beliebtesten Politikerinnen Deutschlands. Wenn die Partei DIE LINKE eine Zukunft ohne sie plant, und sich stattdessen als linksliberales Auffangbecken für enttäuschte Grünen-Wähler und mögliche R2G-Mehrheitsbeschafferin in Stellung bringt, dann hat die Partei DIE LINKE keine Zukunft! Nicht Sahra und ihre Anhänger spalten und zerlegen die Partei, sondern diejenigen, die vor 10 Jahren begannen, sie auf jenen linksliberalen Kurs zu trimmen, der sie nun in die politische Bedeutungslosigkeit führt.

Der Opportunismus ist so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Heute tritt er vor allem als linksliberal und sprachsensibel in Erscheinung. Er geht von der idealistischen Vorstellung aus, dass das Bewusstsein das Sein bestimme und dementsprechend auch die Sprache die Realität forme. Dementsprechend interessiert ihn die soziale Frage auch höchstens am Rande. Er möchte grüner als die Grünen sein, betrachtet die NATO als Verteidigungsbündnis, möchte unter allen Umständen mitregieren und folgerichtig biedert er sich SPD und Grünen an. Nach außen hin gibt er sich gern besonders links oder sogar linksradikal. Das ist jedoch reine Fassade.

In Wahrheit jedoch verachtet er die Arbeiterklasse. Und das merkt diese auch. Die Partei DIE LINKE ist heute unter allen im Bundestag vertretenden Parteien diejenige, die von Arbeitern am wenigsten gewählt wird. Noch hinter der FDP! Nummer 1 ist bei den Arbeitern mittlerweile die AfD, obwohl sich deren Programm in sozialen Belangen kaum von dem der FDP unterscheidet! Das zeigt auch, dass die Mehrheit der Wähler der AfD diese nicht aus programmatischer Überzeugung unterstützt, sondern ein klares Zeichen des Protests gegen die herrschende Politik setzen will. Viele der AfD-Wähler haben vor 5, 10 oder 15 Jahren noch links gewählt. Die Linksliberalen und Opportunisten in unserer Partei stempeln diese Wähler jedoch als Rechte, als Nazis ab und wollen sie dementsprechend auch überhaupt nicht zurückgewinnen. Sebastian Walter äußerte sich vor kurzem in ähnlicher Weise.

Die Linksliberalen haben sich mit der kapitalistischen Gesellschaft, den Kriegen und Krisen, die sie hervorbringt, größtenteils abgefunden und geben sich mit einigen kosmetischen Korrekturen zufrieden.

Wir hingehen und ich denke, da spreche ich für alle hier Anwesenden, werden uns mit dieser menschenverachtenden kapitalistischen Realität niemals abfinden! Rosa Luxemburg ist nach wie vor aktuell: Sozialismus oder Barbarei! Die modernen Produktivkräfte schreien lauter denn je nach einer neuen Produktionsweise, nach neuen Formen wirtschaftlichen Eigentums.

Die beiden unvereinbaren Strömungen innerhalb ein und derselben Partei existieren nicht erst seit dem 24.02.2022. Es gibt sie schon seit Jahrzehnten. Schon zu PDS-Zeiten gab es beispielsweise Bestrebungen einzelner Teile der Partei, Auslandseinsätzen der Bundeswehr zuzustimmen. Die Widersprüche brodelten jahrelang meist unter der Oberfläche, traten bald hier, bald da ein wenig zutage. Doch in der aktuellen Situation treten sie schärfer und offener denn je ans Tageslicht. Meiner Meinung nach sind alle Versuche, diese objektiv existierenden Widersprüche zu verkleistern oder durch Formelkompromisse und Lippenbekenntnisse zu verwischen, so ehrlich sie auch gemeint sein mögen, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es bringt nichts, eine Einheit der Partei zu beschwören, die aufgrund unüberbrückbarer inhaltlicher Differenzen nicht mehr herzustellen ist. Mich verbindet nichts mit einem Apparatschik a la Bodo Ramelow, der sogar die Wiedereinführung der Wehrpflicht befürwortet! Mit Sozialchauvinisten wie ihm bin ich nur zufällig in ein und derselben Partei.

Denken wir an die Situation in der SDAPR und der SPD vor über 100 Jahren. Eine Koexistenz unter dem Dach ein und derselben Partei wurde damals unmöglich. Und es scheint ganz so, als würde sich heute Ähnliches vollziehen. Der rechte Flügel, die Linksliberalen, die sogenannten Bewegungslinken, selbsternannten „Progressiven Linken“ und der Parteivorstand haben die Spaltung der Partei praktisch bereits vollzogen. Wir sollten, liebe Genossinnen und Genossen, die Konsequenzen daraus ziehen, uns vom opportunistischen, linksliberalen rechten Flügel lossagen, ihn offensiv bekämpfen, statt uns nur vor seinen Angriffen wegzuducken und aktiv für eine wahrhaft sozialistische Partei des 21. Jahrhunderts kämpfen, eine Partei des Friedens, des Antifaschismus, der sozialen Gerechtigkeit, des kleinen Mannes und der kleinen Frau. Nur auf diesem Wege sehe ich auch die Möglichkeit, den weiteren Aufstieg der Rechten noch zu stoppen.

